

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894**

11 (12.1.1894)

# Beilage zu Nr. 11 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 12. Januar 1894.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 10. Jan. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Gönner.

Abg. Hug erstattet namens der Budgetkommission Bericht über die Nachweisungen der in den Jahren 1891 und 1892 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. Das erste Beilageheft, so führt der Berichtserfasser aus, enthalte ein reiches Material und gebe ein Bild der finanziellen Lage des Staates. Je günstiger der Betriebsfond, desto günstiger die finanzielle Lage des Staates. Seit einer Reihe von Jahren habe sich der Betriebsfond in aufsteigender Linie bewegt, so daß derselbe auf 31. Dezember 1891 27 450 575 Mark betragen habe. Diese Mehrgewinn finde ihren Grund einerseits in dem günstigen finanziellen Verhältnis zum Reich, andererseits in den steigenden eigenen Einnahmen. Im Jahre 1892 sei dagegen ein Stillstand eingetreten, so daß man sich jetzt ernstlich mit der Frage beschäftigen müsse, ob dieser Rückgang ein dauernder oder nur vorübergehender sei. Diese Frage stehe in enger Verbindung mit den finanziellen Beziehungen zum Reich. Die Herstellung eines stabilen Verhältnisses zum Reich sei höchst wünschenswert und dieses Verhältnis soll durch die Reichsfinanzreform, dessen Grundgedanken er für einen durchaus gefunden halte, angebahnt werden. Das Plus von 40 Millionen sei dabei ein untergeordneter Punkt, die Hauptsache sei die Stabilität. Die Einwendung, daß das Budgetrecht beeinträchtigt werde, könne er nicht anerkennen, und was die Frankenstein'sche Klausel anbelange, so sei dieselbe besser gemeint gewesen, als sie sich bewährt habe. Man habe mit derselben verhüten wollen, daß die großen Einnahmen nicht einzig und allein zu militärischen Zwecken verwendet würden, sondern auch den Einzelstaaten zu Gute kämen. Einen Niegel für das Anwachsen der Ausgaben habe sie nie gebildet. Die Reichseinnahmen seien durch dieselbe in ihrer rechtlichen Natur qualifiziert worden. Die außerordentlichen Zuwendungen von Berlin hätten aber auch ihre Reife, indem die Reichsschuld in großem Maße angewachsen sei. Die Frankenstein'sche Klausel werde aber auch durch die Reichsfinanzreform nicht verlegt. Wohl steigerten sich die Einnahmen im eigenen Land, aber auch die Ausgaben zeigten eine steigende Tendenz, ja jetzt ständen wir vor einem Zeitabschnitt, wo die Ausgaben sich mehr mehren, als die Einnahmen, weshalb es notwendig sei, die eine oder andere Einnahmequelle etwas stärker als sonst heranzuziehen. So erweise sich eine Erhöhung der Einkommensteuer als notwendig. Sei mit dem Reich ein stabiles Verhältnis hergestellt und ziehe man die eigenen Steuerquellen etwas stärker heran, dann sei man zu der Hoffnung berechtigt, daß das Gleichgewicht im Budget wieder hergestellt werde. Die Amortisationskasse habe ein günstiges Resultat, sie habe 1891/92 um 3 1/2 Millionen Mark zugenommen, zurückgeblieben dagegen sei die Eisenbahnschuldentilgungskasse um 1 1/2 Millionen Mark. In der Budgetkommission habe man die Frage erwogen, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Ertragsüberschüsse der Amortisationskasse nicht weiter aufzustapeln, sondern sie für die Staatsverwaltung zu verwenden. Die Spezialisierung dieses Planes sei einer späteren Beratung vorbehalten. Die Eisenbahnschuldentilgungskasse habe eine Schuld aufgenommen, die mit dem Rückgang der Eisenbahnrente in Verbindung zu bringen sei. 1891 habe die Rente nicht ganz 3 Proz. betragen und sich im Jahre 1893 etwas über 3 Proz. gehoben. Der Reinertrag reiche nur aus für die Verwaltungskosten und Passivzinsen, aber nicht für die Tilgung, doch werde darauf zu achten sein, daß an dem bestehenden Tilgungsplane festgehalten werde. Wenn auf dem Wege einer Tarifreform die Rente gehoben werde, so werde das ihn nur freuen. Schließlich geht der Antrag des Berichterstatters dahin, die Rechnungsnachweisungen für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Fieser kann sich den Ausführungen des neuen Budgetkommissionspräsidenten über die Lage des Budgets nur anschließen, doch halte er es für geboten, das Bild noch etwas zu vervollständigen, dazu seien aber die Ergebnisse des staatlichen Rechnungsabchlusses pro 1893 notwendig, über die vielleicht der Herr Finanzminister Auskunft erteilen könne. In's Auge zu fassen sei bei der Beurteilung der Finanzlage das Verhältnis zum Reich und andererseits der Stand der Eisenbahnschuldentilgungskasse. Das Reichsbudget schließe nun mit Minderüberweisungen an die Einzelstaaten von 34 Millionen Mark ab, die sich für 1894/95 auf 64 Millionen Mark erhöhen würden, was für Baden einen Rückgang von 3 Millionen Mark bedeute. Erfreut habe ihn der Standpunkt des Abg. Hug zu der Reichsfinanzreform. Auch er sei dafür, daß das Reich mit seinen Ausgaben auf eigene Füße gestellt werde. Die Matricularbeiträge sollten endlich einmal aus dem Budget verschwinden. Er spreche damit nicht eine Anerkennung der neuen Steuerpläne aus, der Weg zu einer Finanzreform sei ein verschiedener. Die Frankenstein'sche Klausel brauche nicht beseitigt zu werden, für ihn habe dieselbe den konstitutionellen Werth gehabt, dem Reichstag ein Einnahmewilligkeitsrecht gegeben zu haben. Die Ausgaben des Reiches seien ungeheuer gewachsen, so daß auch ohne die Ausgaben für die Militärvorlage die Finanzlage des

Reiches eine bedenkliche sei. Gerade die Freunde des Reichs müßten dringend wünschen, daß die Reichsfinanzreform zur That werde. Was nun die Amortisationskasse betreffe, so sei man heute doch nicht in der Lage, die Mehreinnahmen ohne weiteres der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu überweisen. Werde das Verhältnis zum Reich ungünstiger, bessere auch die Steuererhöhung, wie sie vorgeschlagen, die finanzielle Lage nicht, so bleibe nichts übrig als zur Amortisationskasse zu greifen und die Zuwendungen zur Eisenbahnschuldentilgungskasse etwas zu mindern. Der Rückgang der Eisenbahnrente hänge mit den Schwankungen im Erwerbsleben zusammen und könne er nur hoffen, daß die steigende Periode näher sei, als man glaube. Ernste Aufmerksamkeit erfordere die Thatsache, daß die Betriebskosten über 70 Proz. der Einnahmen darstellten, hier Abhilfe zu schaffen, halte er allerdings für geboten. Redner bittet zum Schluß um die Eingangs erwähnte Auskunft über den Abschluß der Staatshaushalts für 1893 und glaubt, daß die Kammer bei einer befriedigenden Antwort das wohlwollend aufgestellte Budget genehmigen könne.

Abg. Franke will sich über das Budget heute nicht äußern. Mit dem Abg. Hug sei er darin einverstanden, daß das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten geregelt werde. Auch er halte die Reichsfinanzreform für dringend geboten, dazu gehöre aber viel Geld und vorerst sei keines da. Durch die neu vorgelegten Steuerentwürfe die Mittel zu schaffen, halte er nicht für geboten, lieber solle man die Finanzreform zurückstellen. Für Baden esse auch die Reform nicht so sehr, und wenn man 6 bis 700 000 Mark mehr an Matricularbeiträgen aufzubringen habe, so werde das den Staat nicht besonders alterieren. Er glaube aber auch, daß bei dem jetzigen Budget eine große Anzahl von Ausgaben sich zurückstellen lasse, ohne daß die allgemeinen Interessen geschädigt würden. Erfreulich sei im Bericht die Thatsache, daß der Staatsgründungsbeitrag nicht vermehrt habe, wie er es denn für wünschenswert halte, daß der Staat nicht mehr Gegenstände erwerbe, als absolut notwendig. Weiter möchte die Regierung darauf halten, daß einzelne innerhalb der Gemarckung liegende Grundstücke zum Verkauf an die Gemeindeangehörigen gebracht würden. Es läge dies sowohl im Interesse des Domänenärars wie der Gemeinde.

Abg. Murer meint, daß die heutige Debatte auf die Steuerdebatte zurückgreife und die Steuerdebatte vorwegnehme, er wolle nicht wiederholen, was er bei der ersten über die Reichsfinanzreform ausgeführt, und was über das badische Budget zu sagen sei, werde er bei der Budgetdebatte vorbringen. Er habe heute nur das Wort ergriffen, um zu verhindern, daß sein Schweigen als eine Zustimmung zu dem Gehörten angesehen werde. Auch seine Partei halte ein stabiles Verhältnis zum Reich für geboten, wer dieses zustande bringe, dürfe seiner Zustimmung sicher sein. Der Schwerpunkt liege aber ganz anderswo, hier handle es sich lediglich um die Miquel'schen Steuerpläne, die in erster Linie beruhen seien, das preussische Defizit zu decken — diesem greifbaren Projekt gegenüber bleibe seine Partei schroffer Gegner. Es sei jetzt nicht die Zeit, eine Reichsfinanzreform herzustellen, er sei auch überzeugt, daß im Reichstag diese Reform von den meisten Abgeordneten als ein todgeborenes Kind angesehen werde. Immer und immer wieder handle es sich um eine weitere Ausdehnung des indirekten Steuersystems und das bedeute für ihn eine weitere Belastung der großen Volksmassen. Auch seine politischen Freunde rechneten sich zu Freunden des Reiches, sie seien aber auch der Meinung, daß man gegen die weitere Ausbildung des indirekten Steuersystems Front machen müsse, erstens, weil indirekte Steuern und Sozialreform, auf die er das größte Gewicht lege, unvereinbar seien und weil zweitens durch die steuerliche Belastung die Unzufriedenheit der großen Massen immer mehr wachse. Das A und O aller derartigen Debatten sei die Militärvorlage. Er könne nur nochmals wiederholen, daß seine Partei mit der geplanten Reichsfinanzreform nicht sympathisiere.

Präsident des Finanzministeriums Dr. Buchenberger bedauert zunächst, daß er der Aufforderung des Abg. Fieser, das Zahlenmaterial der Rechnungsergebnisse für 1893 vorzulegen, nicht nachkommen könne, da die Staatskassen erst in der zweiten Hälfte des Jahres ihre Rechnung abschließen; sobald die Zahlen vorlägen, werde er der Budgetkommission davon Mitteilung machen. Soweit er die Situation zu übersehen vermöge, werde übrigens in diesem Jahr eine weitere Abnahme des Betriebsfonds zu konstatieren sein, und zwar mit als Folge davon, daß die finanziellen Beziehungen zum Reich sich noch weniger günstig gestaltet hätten als im vorausgegangenen Jahr. Nicht unterlassen wolle er, dem Abg. Hug für die lichtvollen Darlegungen in seinem Druckbericht zu danken, zugleich aber seiner Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß der Abg. Hug eine so freundliche Stellung zu der geplanten Reichsfinanzreform als solcher einnehme. Er habe bereits im Finanzprospekt seine grundsätzliche Stellung über dieses Reformprojekt dargelegt und er könne sich daher heute darauf beschränken, zu betonen, daß in der Herbeiführung stabilerer Beziehungen zum Reich, in der Beseitigung der seitlichen Schwankungen, in der Schaffung einer Vorkehrung dagegen, daß die Zirkel der innerstaatlichen Finanzpolitik nicht Jahr für Jahr durch

die jeweilige Gestaltung des Reichsetats gestört werden, ein so gesunder Gedanke liege, daß dieser sicher mit der Zeit mit steigender Kraft sich durchringen werde, wenn er auch jetzt im Reichstag wider Erwarten einer ablehnenden Haltung begegnen sollte. Redner spricht des weiteren seine Uebereinstimmung aus mit dem in dem Bericht der Budgetkommission niedergelegten Grundsatz, daß eine planmäßige Fortführung der Tilgung unserer Eisenbahnschuld als eine der wichtigsten Aufgaben des Landes zu betrachten sei, daß man also auch in augenblicklich schwierigen Finanzverhältnissen von einer solchen sich nicht abdrängen lassen solle. Den Ausweg, den der Abg. Fieser scheinbar andeuten zu wollen, könne er für keinen sehr glücklichen halten; denn eine zeitweilige Siftierung in der Tilgung der Eisenbahnschuld hieße doch kaum etwas anderes, als die Finanzlage künstlich verschleiern. Wenn daher Anschauungen, wie die geäußerten, sich zu bestimmten Anträgen verdingen sollten, so werde er in der Lage sein, denselben zu widersprechen. An sich schließe ja allerdings das Eisenbahnbetriebsbudget für 1894/95 mit Zahlen ab, daß unter Zuhilfenahme der in das Budget eingestellten Dotationen der Eisenbahnschuldentilgungskasse deren Tilgungsbedarf reichlich gedeckt erscheine. Aber man dürfe nicht übersehen, daß in einem Eisenbahnbetrieb, wie ihn unsere Eisenbahnenverwaltung darstellt, eine große Menge unvorhersehender und zufälliger Faktoren die Rentabilität beeinflussen, daß also möglicherweise in den nächsten Jahren eine Abnahme des Personen- und Güterverkehrs infolge der andauernden wirtschaftlichen Depression stattfinden, daß auch die veranschlagten Ausgaben eine Erhöhung erfahren können; wie es denn überhaupt schwierig sei, das endgültige Ergebnis der Eisenbahnenverwaltung auch nur auf 1/2 Million Mark richtig im Voraus zu veranschlagen. Er wisse ferner darauf hin, daß, wenn die Kammer die Gehaltsvorlage annehme, das Budget der Eisenbahn mit weiteren 600 000 Mark belastet werde; und ebenso darauf, daß unser Staatsbahnnetz noch nicht völlig ausgebaut sei, die etwa noch zu bauenden Bahnen aber jedenfalls nur eine sehr mäßige Verzinsung des Anlagkapitals abwerfen würden. Die Nothwendigkeit einer vorsichtigen Schuldentilgungspolitik scheine ihm aber namentlich deshalb eine zwingende zu sein, weil noch eine lange Reihe von Jahren hinaus das außerordentliche Eisenbahnbudget mit Ausgaben belastet sein werde, die man nicht als produktive Anlagen im engeren Sinne bezeichnen könnte, z. B. die Aufwendungen für den Umbau und Neubau von Personen- und Güterbahnhöfen, die zahlreichen Aufwendungen im Interesse der Sicherheit und Bequemlichkeit des Reiseverkehrs — Ausgaben, die allmählich zu vielen Millionen Mark sich summieren, die aber unserer Eisenbahn noch nicht eine einzige Tonne Frachtgut, noch nicht ein einziges Personenbillet mehr zuführen, also nicht eine rentable Vermehrung des in unseren Eisenbahnen festgelegten Kapitals darstellen. Man müsse also sehr im Auge behalten, zu verhüten, daß unsere Eisenbahnschuld gewissermaßen lawinenartig anschwellen; und eine dementsprechend gehandhabte vorsichtige Schuldentilgungspolitik liege schließlich auch im allgemeinen Landesinteresse, weil nur dann, wenn man verhielte, daß unsere Eisenbahnschuld über ein gewisses Niveau hinaus sich erhöhe, freie Bahn gemacht sei für die Aufrechterhaltung und Fortführung einer volkshülftlichen Eisenbahnpolitik auf den verschiedensten Gebieten im Sinne der Schaffung weiterer Verkehrsleistungen, während nach der Ansicht des Redners einer solchen volkshülftlichen Politik durch nichts mehr der Weg verlegt werde als durch eine Politik des Temporisierens, die also tilge, wenn es gerade passe, und die die Tilgung sistire, wenn dies nach der Lage des allgemeinen Staatshaushalts opportun erscheine. Und deshalb habe er sehr begrüßt, daß einer solchen Opportunitätspolitik in Bezug auf die Tilgung unserer Eisenbahnschuld in dem Bericht der Budgetkommission das Wort nicht geredet worden sei.

Was die Beziehungen der Amortisationskasse zur Eisenbahnschuldentilgungskasse betreffe, so habe die Regierung den Vorschlag gemacht, der letzteren aus der ersten für die nächsten beiden Jahre einen Theil der erwirtschafteten Zinsüberschüsse zu überweisen; dieser Vorschlag stehe in einem gewissen inneren Zusammenhang mit dem weiteren Vorschlag, die Kosten der Nebenbahnen von dem außerordentlichen Etat auf die Eisenbahnschuldentilgungskasse abzuwälzen. Es wolle ihm aber scheinen, daß die hier mißspielenden Fragen zunächst zweckmäßiger im Schoß der Budgetkommission erörtert würden und er trete daher auf die aufgeworfenen Fragen an dieser Stelle nicht ein.

Abg. Franke sei auf die Gütererwerbungen des Domänenärars eingegangen und habe bedauert, daß im verflossenen Jahre nicht in umfangreicher Weise domänenärarische landwirtschaftliche Parzellen in Privateigenthum übergeführt worden seien. Hierzu bemerke er, daß das Finanzministerium sich im Laufe des verflossenen Sommers über die Grundsätze für die Ueberführung des domänenärarischen Parzellenbesitzes in Privateigenthum schlüssig gemacht habe und daß er nach erzielter Einigung mit dem beteiligten Ressortministerium dem Hause wohl schon bald nähere Mittheilung hierwegen werde machen können. Dem Abg. Franke möchte er aber weiter bemerken, daß derselbe unser Verhältnis zum Reich angeht

der jetzt zu bedenkenden Kosten doch sehr optimistisch beurtheilt, wenn er glaube, daß mit dem Scheitern der Reichsteuerprojekte der badische Staatshaushalt mit höchstens 6- bis 700 000 M. mehr belastet werde; er (der Minister) nehme an, daß Baden mit einem Mehraufwand von rund zwei Millionen Mark werde rechnen müssen, und wenn dieser Mehraufwand dann aus den inländischen Steuerquellen gedeckt werden müsse, so werde man mit einer Erhöhung der Einkommensteuer auf 3 M. 50 Pf. von 100 M. zu rechnen haben.

Abg. Fieser befreitet dem Abg. Muser gegenüber, daß seine Partei für die Finanzreform im Miquel'schen Sinne schwärme, nur dem Grundgedanken derselben stehe man sympathisch gegenüber. Der Finanzminister habe ihn mißverstanden, wenn er glaube, er (Fieser) sei kein Freund der jetzigen Eisenbahnpolitik. Doch müsse er sich freie Hand darüber vorbehalten, wie hoch die Eisenbahn-schuldentilgungskasse zu dotiren sei.

Abg. Hug erklärt in einem Schlusswort, daß er sich bezüglich der Reichsteuerentwürfe Schweigen anferlegt habe, auch heute sei er noch nicht in der Lage, aus diesem Schweigen herauszutreten, doch bitte er, aus seiner freundlichen Stellung zur Reichsfinanzreform keine Schlüsse auf seine Stellung der Reichssteuerreform gegenüber, wie sie geplant, zu ziehen.

Es werden hierauf die Rechnungsnachweise selbst für unbeanstandet erklärt und die Sitzung um 1/3 Uhr geschlossen.

\* Karlsruhe, 11. Jan. 4. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 13. Januar, Vormittags 10 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Erratung und Berathung des Berichts der Justizkommission über einen Antrag des Groß-Oberstaatsanwalts (Berichterstatter Geheimrath Schneider). 3. Berathung des Berichts der Justizkommission über den Gesetzentwurf, die Gewährung von Entschädigungen bei Suchenverlusten betr. (Berichterstatter Dr. Wielandt, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes). 4. Berathung

des Berichts der Justizkommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches vom 31. Oktober 1863 (Berichterstatter Landgerichtspräsident Kamm). 5. Wahl einer Kommission für den Nachtrag der Gehaltsordnung betr.

Verschiedenes.

\* Weimar, 9. Jan. (Das Goethe-Nationalmuseum) in Weimar hat eine schöne Bereicherung erfahren: die greise Ulrike v. Ledebow, Goethe's letzte Liebe, die noch heute auf Schloß Triebitz in Böhmen lebt, hat seiner Königl. Hoheit dem Großherzog von Sachsen ihre feingemalte Miniatur geschenkt. Dieselbe rührt aus dem Jahre 1822 oder 23 her. Der Großherzog hat das ebenso wertvolle wie anmuthige Geschenk dem Goethe-Nationalmuseum überwiesen. Der hochverdiente Leiter dieses Museums, Geheimrath C. Kuland, hat nun neben das niedliche Bildchen zwei andere Reliquien gelegt, die schon längst dem Museum angehöreten: einen Glasbecher, den Ulrike nebst ihren beiden Schwestern am 28. August 1823 schenkte, und den Brief, den alle drei an Goethe zu seinem Geburtstag im Jahre 1824 richteten. Wie hoch Goethe diese Reliquien schätzte, geht aus dem Umstand hervor, daß er sie absondert von anderen dergleichen Sendungen in einem besonderen Fache seines Schreibpultes verwahrt, wo sie 53 Jahre nach seinem Tode bei der Eröffnung des Goethe-Denkmales im Jahre 1885 vorgefunden wurden. Die drei Stücke zusammen bilden gewiß eine der anziehendsten Gruppen in dem an derartigen Schätzen so reichen Museum.

\* Mainz, 7. Jan. (Eines der merkwürdigsten Gebäude von Mainz), das Stammhaus der Mutter Gutenbergs, ist gestern ein Raub der Flammen geworden. Man vermutet, daß das Feuer durch einen Ofen, der die ganze Nacht brannte und dessen Ramin im oberen Stodwerk dem Gehülfe sehr nahe stand, entstanden ist. Die herrschende Kälte erschwerte die Löscharbeiten so sehr, daß das Wasser sofort froh. Das nunmehr vernichtete Gebäude hat sehr wechselvolle Geschichte gehabt. Zu Lebzeiten Gutenbergs wurde es nach der Einnahme von Mainz eingezogen und wurde später durch die Schweden zerstört. Von den Angehörigen wollte es Niemand wieder aufbauen, weshalb Kurfürst Johann Philipp von Schönborn das Eigentumsrecht für verfallen erklärte und die Ruinen seinem Kanzler Wehler unter der Bedingung überließ, das Haus wieder herstellen zu lassen. So wurde es 1661 vollendet und kam 1666 an die Universität Mainz, die es zu Hörsälen und juristischen Fakultät und zur Aufstellung ihrer Bibliothek benutzte. Später wurde es Eigentum eines fürstlichen Kammerdieners, Namens Schröder, der es weiter ausbauen, Säle darin einrichten und zu einem Kaffeehaus umgestalten ließ. Seit 1808 war es im Besitze der Mainzer Kasinogesellschaft. Durch das Feuer ist auch ein großer Theil der Stadtfernsprecheinrichtung völlig zerstört worden. Im Ganzen sind 83 Leitungen vernichtet, deren Wiederherstellung mindestens zehn Tage in Anspruch nehmen wird.

\* Brüssel, 9. Jan. (Das Schloß des Königs von Belgien zu Laeken), das vor drei Jahren bis auf den Grund niederbrannte, ist jetzt vollständig wieder aufgebaut und wird im Laufe dieser Woche von der königlichen Familie bezogen werden. Der Wiederaufbau erfolgte in der Hauptsache nach den Plänen des alten Schloßes, nur wurde anstatt der Holzkonstruktionen, die damals das Umsichgreifen der Flammen in so hohem Grade begünstigt hatten, jetzt überall Stein und Eisen zur Verwendung gebracht. Das Schloß besteht aus einem von

einer mächtigen Kuppel überzogenen Mittelbau, aus dem links und rechts ein Seitenflügel vorspringt. Der ganze Bau macht den Eindruck vornehmer Einfachheit und auch in der inneren Einrichtung macht sich nirgends übertriebene Pracht bemerkbar. Sämmtliche Werke der Bildhauerei und Malerei, die das Schloß schmücken, sind aus den Händen der ersten belgischen Künstler hervorgegangen.

\* St. Petersburg, 6. Jan. (Der berühmte Jmatrafall) in Finland zieht alljährlich Tausende von Reisenden an seine malerischen Ufer. Er wird durch den aus dem Saimee-See kommenden Wooren-Fluß gebildet, braust durch Trümmer von Granitblöcken, zu beiden Seiten von Tannen und Birken umrahmt, und gilt vielfach für die prächtigste Stromschnelle Europa's. Neuerdings ist in St. Petersburg das Projekt aufgetaucht, die treibende Kraft des Wasserfalles praktisch zu verwerthen. Eine russische Gesellschaft hat sich mit zwei Spezialfirmen für elektrische Anlagen in Sachsen und Frankfurt a. M. verbunden, um mittelst des Veltoc-Nabes die treibende Kraft des Jmatrafall'es nach dem etwa 110 Kilometer entfernten Petersburg zu leiten und die Hauptstadt Rußlands elektrisch zu erleuchten. Die finnische Eisenbahngesellschaft, von welcher die Genehmigung wesentlich abhängt, da ihr der Grund und Boden, auf welchem die Leitung angelegt werden soll, gehört, soll als Entgelt vom Konfortium kostenfreie Beleuchtung der ganzen Bahnlinie erhalten.

Industrie, Handel und Verkehr.

W. Wien, 10. Jan. (Wochenausweis der Oester.-Ungar. Bank) vom 7. Januar gegen den Ausweis vom 31. Dezember: Notenumlauf . . . 476 630 000 fl. - 15 994 000 fl. Metallnach in Silber . . . 162 199 000 " + 1 117 000 " Goldbarren . . . 102 096 000 " + 265 000 " In Gold zahlbare Wechsel . . . - 95 000 " Fortseufle . . . 153 409 000 " - 18 290 000 " Lombardbestände . . . 4 807 000 " - 2 508 000 " Hypothekendarlehen . . . 125 506 000 " + 244 000 " Handelsbriefe in Umlauf . . . 120 844 000 " + 275 000 " Steuerfreie Notenreserve . . . 33 974 000 " + 18 034 000 "

Mannheim, 10. Jan. Weizen per März 15.70, per Mai 15.65, per Juli 15.70, per November . . . Roggen per März 13.60, per Mai 13.55, per Juli 13.65. Hafer per März 13.05, per Mai 13.00, per Juli 13.10. Mais per März 11.05, per Mai 11.00, per Juli 11.10.

Breslau, 10. Jan. Spiritus exklusive 70 Mark Verbr.-Abg. per Januar 30.20, per April . . .

Berlin, 10. Jan. Weizen per Januar 145.50, per Mai 150.75, Roggen per Januar 127.00, per Mai 132.00. Rüböl loco 47.00, per Januar 46.90, per April 47.00. Spiritus, 50r loco 58.60, 70r loco 34.00, per Januar 37.60, per Juni 39.50. Hafer per Januar . . ., per Mai 141.00. Petroleum loco 19.80. Weizenmehl loco Nr. 0 16.00, Nr. 00 18.00. Roggenmehl per Januar 16.40, per Mai 17.10. Wetter: Frost.

Hamburg, 10. Jan. Kaffee good average Santos Schlusskurs, per März 82 1/2 Pf., per September 78 1/2 Pf.

Bremen, 10. Jan. (Petroleummarkt) Schlussbericht. Standard white loco 5.05 Pf.

Paris, 10. Jan. Rüböl per Januar 54.00, per Februar 54.25, per März-April 55.00, per März-Juni 55.00. Still. Spiritus per Januar 35.00, per Mai-Aug. 36.50. Still. Zucker, weißer, Nr. 3, per 100 Kilogramm, per Januar 37.50, per Mai-August 37.80. Weh. - Weh. 12 März, per Januar 44.75, per Februar 45.10, per März-April 45.60, per März-Juni 45.90. Still. - Weizen per Januar 21.25, per Februar 21.40, per März-April 21.75, per März-Juni 21.60. Still. - Roggen per Januar 15.00, per Februar 14.50, per März-April 15.10, per März-Juni 15.10. Still. - Talg 62.00. Wetter: Bedeckt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gardner in Karlsruhe.

Frankfurter Kurse vom 10. Januar 1894. Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and prices for different locations like Baden, Bayern, Preußen, etc.

Mittlere Marktpreise der Woche vom 31. Dezember 1893 bis 7. Januar 1894. (Mitgetheilt vom Groß. Statistischem Bureau.)

Large table showing market prices for various goods like wheat, rye, barley, and other commodities across different regions and time periods.

Bürgerliche Rechtspflege.

Bemögensabsonderung. F. 781. Nr. 225. Karlsruhe. Die Ehefrau des Daniel Köhler, Fabrikarbeiter in Durlach, Karoline, geb. Kreiser dasehst, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Sanders, klagt gegen ihren genannten Ehemann mit dem Antrage, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes absondern. Termin zur Verhandlung des Rechtsfreits vor Groß. Landgericht dahier, Zivilkammer II, ist bestimmt auf Samstag den 3. März 1894, Vormittags 9 Uhr. Dies wird hiermit zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht. Karlsruhe, den 6. Januar 1894. Gerichtsschreiber des Groß. Landgerichts. Dr. S ch o d. Entmündigung. F. 777. Nr. 296. Schopfheim. Angelika Schwan der, ledig in Eichel, geboren am 22. Mai 1849, wurde wegen Geistesfrankheit gemäß § R. S. 489 entmündigt; für dieselbe ist Reinhard Daberbusch, ledig in Adelshausen, als Vormund bestellt. Schopfheim, den 8. Januar 1894. Groß. bad. Amtsgericht. Weisser.